



RECHTSPOPULISMUS

POSITION

Rechtspopulismus



© AdobeStock/ Animaflora PicsStock

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) macht sich für Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen stark - und somit für eine gleiche Teilhabe von beiden Geschlechtern an Erwerbs- und Sorgearbeit. Darum hat der größte katholische Frauenverband bei seiner Bundesversammlung im Mai 2024 ein klares Zeichen gegen Rechtspopulismus gesetzt. Einstimmig beschlossen die

Delegierten die Erklärung „Für eine demokratische, offene und vielfältige Gesellschaft! kfd gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“. Damit bezieht die kfd eindeutig Position gegen rechtsextremistische Parteien wie die „Alternative für Deutschland“ (AfD).

Bereits 2020 beschlossen die Delegierten der kfd bei ihrer Bundesversammlung, dass eine Mitgliedschaft in der AfD mit einer Mitgliedschaft in der kfd unvereinbar ist.

In der Mitte-Studie 2023 zeigte sich, dass 8,3 Prozent der Befragten ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vertreten, sowie weitere 20,1 Prozent rechtsextreme Einstellungen teilweise teilen. Eine Anfang 2021 erschienene Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung ergab, dass knapp acht Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland manifest rechtsextreme Einstellungen vertreten. Bei populistisch eingestellten Wähler*innen ist der Anteil sogar mehr als doppelt so hoch und bei den Anhänger*innen der AfD fast viermal so hoch. Rechtspopulisten wie die AfD stehen für ein veraltetes Rollenbild von Frauen und sprechen sich gegen die Förderung von Aktionen aus, die eine gleiche Bezahlung von Frauen und Männern zum Ziel haben, sowie gegen Quotenregelungen in der Arbeitswelt.

DOWNLOADS

Erklärung „Für eine demokratische, offene und vielfältige Gesellschaft! kfd gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“

kfd-Material für die Arbeit in den kfd-Gruppen

LINKS

kfd-Mitgliedschaft unvereinbar mit AfD-Mitgliedschaft

Handreichung zum Umgang mit Rechtspopulismus der Diakonie Deutschland

Ausführliche Informationen zum Thema der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung

